

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Stellen oder bei direkter Postbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Wechselhand 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2995 und 2996.

Interessante Lesung die wöchentlich, Dienstagabende oder deren Raum 80 Pf., kleine Ausgaben des „Freiheit“ Wert 40 Pf., jedes weitere Wert 20 Pf., Lernungsbeitrag 10 Pf., bei Familien- und Verkaufungsangelegenheiten (Mitt. der Zeitung) fort. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Massenverhaftungen im Ruhrrevier.

Kein Abbruch des Generallstreiks.

Der Schloß, den die Regierung durch die Verhaftung der Mitglieder der Reuenerkommission und von 1000 Bergarbeitern gegen die Streikenden geführt hat, hat die Situation im Ruhrgebiet wesentlich verschärft. Die Ausschichten auf eine Verständigung sind erheblich gesunken. Wenn die Regierung geneigt hätte, unter Ausschaltung der Reuenerkommission und durch Verhandlungen mit den alten Bergarbeiterorganisationen die Wiederaufnahme der Arbeit herbeiführen zu können, so hat sie sich sehr getäuscht. Wie auch der von M. L. B. verbreitete Bericht über die Konferenz der Bergarbeiter in Kettvia zeigt, haben die alten Organisationen der Bergarbeiter gegenwärtig allen Einfluss verloren. Es ist deshalb völlig un sinnig und hoffnungslos, zu glauben, daß durch Verhandlungen mit den alten Organisationen der Streik beendet werden könne. Das ist nur möglich durch Verhandlungen mit der Reuenerkommission, denn sie allein besitzt das Vertrauen der Bergarbeiter und hat, wie der Verlauf und der Umfang des Streiks zeigt, die Masse der Bergarbeiter hinter sich.

Aber die Regierung will diese Verständigung mit der Reuenerkommission nicht. Sie hat ja zu Beginn des Generallstreiks mit der brutalen Gewalt gedroht, sie hat die Regierungstruppen einmarschieren lassen und den Belagerungszustand verhängt und jede Verhandlung mit der Reuenerkommission abgelehnt. Durch diese Veranlassung ist eine Lage entstanden, aus der die Regierung keinen Ausweg findet. Sie wollte durch Gewalt erreichen, was nur durch Verständigung zu erzielen ist. Sie trägt deshalb die Schuld, wenn der Streik weiter andauert und die Gruben erschöpfen.

Im Kampf gegen die Arbeiter ist die Gewalt ein un zweckmäßiges Mittel. Auch das größte Aufgebot von militärischer Macht kann die Bergarbeiter nicht zwingen, Rohle zu fördern. Aber die Regierung, die sich nur durch die Gewalt am Ruder erhält, hat diese Einsicht nicht.

Essen, 11. April.

Eine Delegiertenkonferenz der streikenden Bergleute in Kettvia protestierte scharf gegen die in Essen im Beisein der Führer der Bergarbeiterverbände geführten Verhandlungen, da nur die Reuenerkommission berechtigt sei, zu verhandeln. Ebenso wurde gegen die Verhaftung der Reuenerkommission und gegen die

Verhaftung von etwa 1000 Zechenarbeitern

protestiert. Die Delegiertenkonferenz nahm dann einstimmig eine Entschliessung an, in der es heißt: Die gesamte Bergarbeiter schaft des Ruhrreviers erhebt lebhaften Protest gegen die brutale Verhaftung der Vertreter der Bergarbeiter und erwartet von der Regierung die sofortige Freilassung der Mitglieder der Reuenerkommission und sämtlicher politischer Gefangenen. Die Konferenz verlangt die unverzügliche Erfüllung der Forderungen der Bergleute und erklärt, daß die Roten Handarbeiten nicht eher wieder aufgenommen werden, bis der Belagerungszustand aufgehoben ist und die Regierungstruppen zurückgezogen sind. Der Streik werde solange fortgesetzt, bis die Reuenerkommission seine Beendigung erkläre.

Dagegen berichten der „F. F. N.“ am 11.: In Dortmund ist eine leichte Besserung der Lage schon eingetreten. Ein kleiner Teil der Belegschaft ist wieder eingefahren. In Mladec sind auf den staatlichen Mollerschächten fast alle Bergleute eingefahren, auf den Mollerschächten teilweise. Man nimmt an, daß am Montag in größerem Umfang die Arbeit wieder aufgenommen wird. In Essen ist die Lage unverändert. Bei Krupp wird in größerem Umfang wieder gearbeitet, die Zechen dagegen streiken noch. In Kettvia an der Ruhr ist die Lage unverändert. Man nimmt an, daß auch hier am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Weiteres Umsichgreifen des Streiks.

Oberfeld, 11. April.

In Rüttlinghausen sind sämtliche Industriearbeiter in den Ausstand getreten.

Die Lage in Düsseldorf.

Düsseldorf, 11. April.

Die Streikkommission hat nachmittags 7 Versammlungen einberufen zur Entgegennahme des Berichts über die Streik-

sage und fordert in einem Aufruf an die Arbeiterschaft auf, eiserne Ruhe, Ordnung und Disziplin zu halten, nicht zu provozieren und sich nicht provozieren zu lassen.

Düsseldorf, 11. April.

Wie M. L. B. meldet, beträgt die Zahl der Opfer bei den Unruhen der letzten Tage auf Seiten der Spezialisten bis mittags etwa 20 Tote und 50 Verletzte. Auf Seiten der Regierungstruppen sind bis jetzt 8 Tote und 24 Verwundete gemeldet.

Düsseldorf, 11. April.

Die in den heute nachmittags von der Generallstreikkommission einberufenen sieben Arbeiterversammlungen beschloßen, den allgemeinen Ausstand solange fortzusetzen, bis die Regierungstruppen den letzten Schuß in Düsseldorf abgegeben haben. Die Arbeiter des Städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes sind aufs neue in den Ausstand getreten. In der Bahnhofsgegend und im Stadtteil Oberbill wird heftig gekämpft. Die Regierungstruppen haben auch Minenwerfer in Tätigkeit gesetzt.

Der Generallstreik in Braunschweig.

(Privattelegramm der „Freiheit“.)

Braunschweig, 11. April.

Seit Mittwoch morgen streiken in Braunschweig die Arbeiter sämtlicher Fabriken und aller Branchen. Heute ist die Beamtenschaft in den Gegenstreik getreten. Die Arbeiter haben folgende Forderungen gestellt:

1. Alle Macht den Arbeiterräten.
2. Beseitigung der Bürgerregierung Ebert, Schiedemann, Landberg und Koble.
3. Restlose Abschaffung des alten Militärsystems, der Offizierskamarilla und der Freiwilligenkorps.
4. Sofortiger Anschluß an die russische Räterepublik.
5. Aufhebung der Nationalversammlung und aller Landesparlamente.
6. Sofortige Inverbindungsetzung mit den revolutionären Sozialisten aller Länder, um Brot und Hilfe für das deutsche Proletariat zu schaffen.
7. Bewaffnung des Proletariats zur Bildung einer revolutionären Armee.
8. Freilassung aller politischen Gefangenen.

Der Streik hat sich jetzt über ganz Braunschweig ausgedehnt. Der Post- und Bahnverkehr wird von der Arbeiterschaft selbst in die Hand genommen. Den Post- und Bahnbeamten ist ein Ultimatum gestellt worden, innerhalb 24 Stunden die Arbeit aufzunehmen, andernfalls gelten sie als Entlassene.

Die Willkürherrschaft.

Den angeblich regierenden Marionetten der Rüttwig und Stockhausen ist das Wirken unseres Verlages höchst un bequem. Und sie führen den Kampf gegen uns mit allen Mitteln. Weder Recht noch Gesetz haben Geltung, wenn es gegen uns geht.

So haben gestern Kriminalbeamte und Schutzleute an verschiedenen Stellen der Stadt, hauptsächlich in der Nähe des Potsdamer Platzes, ferner am Steintiner Bahnhof, am Bahnhof Bellevue und am Köpenicker Platz den Zeitungshändlern den Verkauf der in unserem Verlage erscheinenden Broschüre „Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe“ verboten. In einigen Stellen wurden die Exemplare von den Beamten beschlagnahmt, ohne daß den Händlern eine Bescheinigung ausgehändigt worden wäre, andere Beamte erlaubten sich sogar, die Schriften zu zerstören. Auch mit der „Republik“ ist in gleicher Weise verfahren worden.

Woher nehmen die Behörden das Recht, die Verbreitung der Schriften hindern zu unterdrücken und unser oder anderer Händler Eigentum zu zerstören. Es besteht weder ein Verbot der „Freiheit“ noch der Broschüre. Auch die Bestimmungen des Belagerungszustandes berechtigen nicht zu solchen Maßnahmen. Wer hat also den Beamten die Befugnis zu ihrem unehrlichen Vorgehen gegeben? Vielleicht antwortet man uns wieder mit der Redensart von den „Übergriffen der unteren Organe“, die man schauert, nachdem sie nicht mehr ungeschoren gemacht werden können. Aber da die Hölle sich häufen, ist auf ein von zentraler Stelle planmäßig geleitetes Vorgehen gegen die Erzeugnisse unseres Verlages zu schließen. Wir müssen daher Rechenschaft fordern von denen, die allein für alle Handlungen der unteren Organe verantwortlich sind.

Herr Heine als oberster Hüter des Rechts.

Von Georg Ledebour.

I.

In der Sitzung der preussischen Nationalversammlung vom 14. März hat der Herr Justizminister Heine eine Anzahl persönlicher Angriffe auf mich unternommen, während ich, wie jetzt noch, seit nahezu einem Vierteljahr als Untersuchungsanwältener auf Betreiben und Mitwirkung des nämlichen Heine im Gefängnis festgehalten werde. Auf Grund meiner Wahl zum Arbeiter-Katechonten mußte ich mit der Möglichkeit rechnen, jetzt schon in der Öffentlichkeit unbehindert mit Herrn Heine abrechnen zu können. Der Katechont hat am 8. April auf Grund der Immunität seiner Mitgliedschaft meine Freilassung verlangt. Bisher aber hat die Regierung, und zwar wieder unter Mitwirkung des nämlichen Heine, meine Freilassung abgelehnt. Es bleibt mir also nur übrig, vom Gefängnis aus das Rätiß über Heines Verfahren zu legen.

Zunächst habe ich festzustellen, daß Herr Heine bei seiner persönlichen Angriffe auf mich wohlüberlegt einen doppelten Mißbrauch der Amtsgewalt sich hat anmaßen können. Ich sehe dabei gänzlich ab von der Erwägung, daß ein anständiger Mensch einen Seiner, den er selbst im Gefängnis festhält, nicht eher angreift, als bis der Angegriffene sich ungehindert verteidigen kann. Ich sehe davon ab, weil ich die Anerkennung einer Anstands pflicht von Herrn Heine nicht erwartet habe und nie erwarten werde.

Ein Mißbrauch der Amtsgewalt nun liegt darin, daß Herr Heine vor Begründung einer Intervention, in der der Genosse Adolf Hoffmann die Aufhebung des Standrechts und des Belagerungszustandes forderte, das Wort zur Sache ergriff, um sich keinerlei den Vorteil der Angriffe als erster Redner zu sichern, in einer Sache also, in der nach Sinn und Brauch des parlamentarischen Verfahrens die Regierung als Angeklagte erst nach Entwicklung der Akte das Wort nehmen darf. Das an sich normale Vorrecht, auch außerhalb der Tagesordnung das Wort zu ergreifen zu können, das in wirklich parlamentarischen Ländern nicht besteht, ist sogar in Deutschland und Preußen den Ministern nur wegen für tatsächliche Mitteilungen, die keinen Aufsicht betreffen, nicht aber zur willkürlichen Herrschaft des ganzen parlamentarischen Verfahrens. Die Sozialdemokratie hat sich früher beständig gegen dieses privilegium odiosum, dieses „hassenswerte Vorrecht“, an sich erklärt und gegen dessen Mißbrauch wiederholt Front gemacht. In meiner langjährigen Praxis ist es mir aber noch niemals vorgekommen, daß ein Minister sich einen so kümmerlichen Mißbrauch dieses Vorrechts hat zuschreiben können lassen, wie ihn Herr Heine fertiggebracht hat.

Ein zweiter Mißbrauch war es, den Herr Heine während eines schwebenden Verfahrens auf Grund seiner Einsicht in die Akten gegen einen inhaftierten Angeklagten Anschuldigungen erhebt oder vielmehr Behauptungen fälschlich als erwiesene Tatsachen hinstellt, die erst im kontradiktorischen Verfahren in öffentlicher Gerichtsverhandlung auf ihren Wert oder Unwert erprobt werden können.

Für die Unrechtmäßigkeit hat Herr Heine nun selbst seine Entschuldigung vorgebracht. Laut Stenogramm erwiderte er nämlich auf einen Hinweis von Hoffmanns:

„Herr Hoffmann, Ihre Wörter schreiben fortwährend über das schwebende Verfahren, aber ich sage: Hier handelt es sich um Leben und Tod unseres Volkes und um seine wichtigsten Interessen. Hier muß ich Ihnen die Masse vom Gesicht reißen, hier gibt es keine anderen Rücksichten.“

Wohin um den Staat zu retten in höchster Not mußte Herr Heine, damit er zum Angriff auf mich freie Bahn gewinn, anerkannte Rechtsregeln durchbrechen. So ungefähr wie Bethmann Hollweg den Neutralitätsbruch gegen Belgien rechtfertigte: Not kennt kein Gebot.

Wie erhaben! Man sieht, der Heine trief von Vaterlandsliebe, die Staatsretterische Bestimmung idwilt diesem Staatsmann aus allen Poren.

Aber die Frage drängt sich doch auf: Was für gebrochene Dmaer müssen in seinen eideuten Worten sein, daß er

Die wichtigsten Interessen unseres Volkes" nennt, wenn er sie nur teilen kann durch die persönliche Disposition eines seit Monaten inhaftierten politischen Gegners noch vor der Gerichtsverhandlung?

Aber, wie steht er mir denn nun „die Maske vom Gesicht"? Aber wie entlarzt er mich?

Er sucht mich als Feigling hinzustellen, weil ich gegenüber dem Untersuchungsrichter die Aussage verweigert habe. Er führt eine Kundgebung vom 6. Januar an, unter der auch mein Name steht und sagt dann laut Stenogramm:

„Lebedour aber, in dem Verfahren befragt, ob er anerkenne, dies getan zu haben, verweigert die Antwort, hat nicht den Mut, sich zu der revolutionären Aktion zu bekennen."

Seine Wirt dabei, in seiner Sucht, mir ein auszuweisen, zwei Schriftstücke durcheinander. Doch das nur Nebenbei! Die Hauptsache ist: er unterstellt, daß ich nicht nur in einem bestimmten Falle, sondern überhaupt die Aussage vor dem Untersuchungsrichter verweigert habe. Ich werde vielmehr in der öffentlichen Schwurgerichtsverhandlung im Zusammenhang mit einem ausgedehnten Verhör über meine ganze Tätigkeit während der Januar-erhebung und über die Gründe dafür, daß ich mich nicht auszusprechen und das Plündergewebe unserer Feinde zerschneiden. Diesen Zweck würde ich aber nur beeinträchtigen, wenn ich vorher aus irgendeinem Anlaß mich über Einzelheiten in der Voruntersuchung äußerte. Deshalb kann ich auch in dieser Erklärung nicht lediglich auf alle diese falschen Anschuldigungen einwirken, die Seine gegen mich vorgebracht hat. Ich würde ja sonst vorweg nehmen, was ich mir für die Hauptverhandlung vorbehalten habe. Auskünfte, die ich dem Untersuchungsrichter verweigert habe, werde ich mir nicht durch einen ministeriellen agent provocateur entlocken lassen.

Der Doppelmord, den Seine damit verfolgt, daß er wegen der Aussageverweigerung den Vorwurf der Feindschaft gegen mich erhebt, ist ja ganz klar: Der Regierungskolossal weiß, daß ich in hohem Maße das Vertrauen der revolutionären Arbeiterschaft erworben habe. Da wäre es doch eine feine Sache, wenn dieses Vertrauen zerstört werden könnte, indem man die Arbeiter glauben macht, ich sei ein Feigling. Deshalb operiert Seine nach der bewährten Intrigantentechnik: „Mir immer froh verkleiden, es bleibt immer etwas hängen". Er kann sich dabei auf die verständnisvolle Mitwirkung der feilen Regierungsdressen verlassen; sie wird meine Aufklärung totschweigen.

Ueber die Gründe für meine Aussageverweigerung habe ich indes einiges zu sagen. Handelt es sich dabei doch um einen Freispruch unterer Rechtspflege. Zunächst besteht in der rechtlichen Zulässigkeit meiner Post überhaupt. Der Vollzugsrat beantragt für seine Mitglieder das Recht der Immunität. Ich hätte also nur mit Zustimmung des Vollzugsrates verhaftet werden dürfen. Ferner war ich zur Zeit meiner Verhaftung Obmann einer Ausgleichskommission der revolutionären Vertrauensmänner, die mit der Regierung in Verhandlung stand. Es ist ein Bruch von Treu und Glauben, daß die Regierung das nicht respektiert hat.

Dann aber — und das ist für die Aussageverweigerung das Entscheidende — verwerfe ich das in Deutschland betriebene System der Voruntersuchung als eine Entartung der Rechtspflege. Als in Deutschland die Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit des Verfahrens eingeführt wurde, hat man sich nur äußerlich auf die alten Inquisitionsprozeduren des römischen Rechts. Sein Geist durchleuchtet auch heute noch unsere Rechtspflege. Semingungslos befreit er das Untersuchungsverfahren. Die Rechtsicherheit der Gesamtheit der Staatsangehörigen würde bedingen, daß die Schuldüberführung unter völliger Verzicht auf inquisitorische Drangalierung des Angeklagten, ausschließlich durch Beschaffung von Beweismaterial durch die Behörden zu unternehmen ist, nicht aber durch die Methode, aus dem Angeklagten mit allerhand Kniffen ein Schuldgeständnis herauszujugeln. Nach der Methode, den Angeklagten zu Befindnissen zu treiben, wird aber sogar von dem vorliegenden Richter in den Hauptverhandlungen verfahren. Die Voruntersuchung ist völlig darauf eingerichtet. Die Tätigkeit des Untersuchungsrichters wird danach gemessen, ob er es versteht, dem Angeklagten ein Schuldgeständnis zu entlocken. Er kann dabei zwar nicht mehr die Folterwerkzeuge der römischen und mittelalterlichen Justiz anwenden; mit der Verlängerung der Untersuchungsfrist aber wird ganz ungenügend als Drohmittel zur Zwangsmittel zur Aussageverweigerung operiert. Man geht unersetzten Gefährten mit Redewendungen zu Weibe, wie: „Sie verbessern doch die Ansichten über Sie, wenn Sie ein Geständnis ablegen", oder: „Wir wissen ja doch Verzeihung, der Schuld- und so hat ja schon alles einverstanden." Darauf fallen fortgesetzt Injustiz herin und belasten besonders in politischen Prozessen sich selbst und andere.

Um die Verwerflichkeit dieses korrupten Systems an einem Beispielspiel zu zeigen, will ich nur erwähnen, daß in England der Beamte bei Verhören dem Zeugen zu sagen hat: „Mind, every thing you say, may be given as evidence against you." (Denken Sie daran: Alles, was Sie sagen, kann als Beweismaterial gegen Sie zu Protokoll gegeben werden.) Der Beamte ist also verpflichtet, den Zeugen zu warnen, daß er sich nicht selbst belastet.

Wenn ich jetzt gegen das verwerfliche deutsche System der Befindnisvernehmung und Befindnisvernehmung Front mache, so beruht das übrigens nicht etwa auf einer neuerlichen Erkenntnis infolge meiner eigenen persönlichen Erfahrung. Ich habe vielmehr bereits im Jahre 1882, als ich nach längerer Abwesenheit nach Deutschland zurückkehrte, empört über die Rechtsjustiz, die ich hier vorfand, einen Aufruf erlassen zur gemeinsamen Gegenwehr, der zur Bildung eines Vereins für Rechtsjustiz und Justizreform geführt hat. Damals habe ich schon gerade auf die Verletzung der Rechte des Inquisitionsverfahrens in unserer Rechtsjustiz hingewiesen. Geändert hat sich allerdings bisher nichts. Es wird immer noch nach dem oberflächlichen Inquisitionsverfahren weiter justiziert.

Offensichtlich wirken jetzt wenigstens diese meine Ausführungen in der „Revolution" dahin, daß immer mehr Leute sich gegen diese verwerfliche Praxis anschließen. Denn das Recht, der Aussageverweigerung wird unter Umständen in politischen Prozessen geradezu zu einer Pflicht für den Angeklagten, wenn gleichzeitig mit ihm sich auch andere Leute in gleicher Lage befinden. Der Befragte kann das nicht immer erweisen, ob er nicht durch Beantwortung

einer Frage, durch die er sich selber zu entlasten glaubt, andere Genossen belastet.

Das Recht zur Aussageverweigerung ist übrigens selbst bei uns bisher noch niemals einem Beschuldigten bestritten worden. Es blieb dem sozialdemokratischen Justizminister Seine im fünften Monat der Revolution vorbehalten, wider besseres Wissen einem politischen Gegner die grundsätzliche Aussageverweigerung in der Voruntersuchung als Freiheitsentzug, doch die Unfähigkeit und Unfähigkeit dieses Mannes, der die Finanzen völlig verkommen ließ, dessen Entschuldigend offenbarte, daß er gar keine Vorstellung von seinen Pflichten und Aufgaben hatte, nicht länger mehr zu verhehlen war.

Der Erste.

Herr Schiffer, der Reichsfinanzminister, hat demissioniert. Er läßt erklären, daß er die Sozialisierungspolitik des Kabinetts nicht mitmachen könne und auch Gegner der Einsetzung des Staatsgerichtshofes sei. Aber das sind wohl Anreden, und der wirkliche Grund ist einfach der, daß die Unfähigkeit und Unfähigkeit dieses Mannes, der die Finanzen völlig verkommen ließ, dessen Entschuldigend offenbarte, daß er gar keine Vorstellung von seinen Pflichten und Aufgaben hatte, nicht länger mehr zu verhehlen war.

Schiffer hat endlich getan, was er vor fünf Monaten hätte tun müssen, und doch er erst jetzt, nachdem das Urteil, daß er anerkundet hat, nicht mehr ausmachen ist, würde die Erhebung der Ministeranklage gegen diesen Mann wirklich rechtfertigen.

Daran ist natürlich nicht zu denken, denn ihn bedrückt die Mitschuld der Regierung und der Weimarer Nationalversammlung, die seiner skandalösen Wirtschaft ruhmig geschwiegen haben.

Schiffer ist ja auch keine Ausnahmeerscheinung in dieser Regierung, sondern ein Typus. Unfähigkeit und Unfähigkeit ist ihrer aller Merkmal. Damit haben sie die deutsche Revolution warunde gerichtet, und aus denselben Gründen wie Schiffer müßten sie alle gehen. Deshalb: vivat sequens, es lebe der nächste!

Die offizielle Meldung.

Berlin, 11. April.

Der Reichsminister der Finanzen und Stellvertreter des Präsidenten des Reichsministeriums Schiffer hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Die Einsetzung des Ausschusses liegt bereits einige Zeit zurück (1). Sie erfolgte wegen Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art, die bei Aufstellung des Etats zulage traten. Verhandlungen, um den Minister zum Verbleiben in seinem Amt zu bewegen, führten leider nicht zum Ziel. Jedoch erklärte sich auf Wunsch des Präsidenten des Reichsministeriums Minister Schiffer bereit, die Geschäfte bis zur Ernennung des Nachfolgers weiter zu führen.

Der Käselongren.

Der Konarck hat in der österreichischen Sitzung einen außerordentlich bedauerlichen Beschluß gefaßt. Er hat den Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Belaertrunkausstandes abgelehnt. Die Rechtssozialisten und die Demokraten solaten den bekannten Kraumanten der Regierung, für die der Ernährungsminister Scheidt sprach, und verdrängen sich der sozialistischen Beweisführung. Trotzdem sie Gen. Rosenfeld darauf hinwies, daß der Belaertrunkausstand immer noch Gewaltanwendung erzwänge, aber niemals der Herstellung wirklicher Ordnung dienen könne, stimmten sie unseren Antrag nieder! Angenommen wird nur ein rechtssozialistischer Erlass, der eine Teilamnestie für politische Gefangene vorsieht.

Lange Debatten entspinnen sich über die Anträge, welche die Regelung der unbehaltbaren Stellung der Soldatenräte und der verworrenen militärischen Verhältnisse zu regeln beabsichtigen. Hierbei bekundeten die Rechtssozialisten wiederum ihre widerwärtige Haltung. Ihre Redner stimmten wohl in die allgemeine Kritik ein, brachen aber nicht die Courage auf, für die Anträge zu stimmen. Die acienten sind, arundlegenden Wandel zu schaffen. Abgelehnt wird der Antrag der Soldatenaktion, zum Aufbau und zur Festigung der Soldatenräte einen Reichssozialbaletrat zu bilden, der dem Reichswehrminister als alcidherrechtlich beiaordnet werden soll.

Die beantragte namentliche Abstimmung erlaubt, daß der größte Teil der Rechtssozialisten dagegen stimmt. Dasselbe Schicksal hat ein Antrag des Genossen Bauer, eine Volkswehr auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht zu bilden, deren oberster Rat ebenfalls entscheidenden Einfluß im Reichswehrministerium haben soll.

Angenommen wird mit knapper Mehrheit ein Antrag, der den Aufhebung des Grenzschusses an der österreichischen Grenze fordert. Desoleidene eine Resolution des schlesisch-holsteinischen Bauern- und Arbeiterrates, die sich gegen die Verabschiedung der Freiwilligenentzungen wendet. Die reichte Sitzung ist ausgedehnt mit der Beratung der Anträge.

Heute steht das nächste Stück auf der Tagesordnung. Erster Redner ist der Vertreter des Zentralrats Cohen-Reuk.

Der Staatsgerichtshof.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes zugegangen.

Nach diesem Entwurf hat die Nationalversammlung aus ihrer Mitte einen Untersuchungsausschuß von 15 Mitgliedern zu bilden. Die Untersuchung muß die Regierung alle von ihm bezichtigten Urkunden und Akten zur Verfügung stellen. Die Verhandlungen des Ausschusses sind nicht öffentlich. Er hat nicht das Recht, Beschuldigte oder Zeugen zu vernehmen; aber er kann gegen jeden, den er für verdächtig hält, durch seine Vorwürfe zum Ausdruck, zur Verlängerung oder zum Verlust des Amtes beizugehen zu haben, das Verfahren vor dem Staatsgerichtshofe öfner.

Dieser Staatsgerichtshof wird bei dem Reichsgericht gebildet. Er besteht ebenfalls aus 15 Mitgliedern, und zwar aus 5 Wehrpräsidenten und je 5 von der Nationalversammlung und dem Staatronschuß, gewählten Personen. Wählbar ist jeder Deutsche, der nicht Mitglied einer dieser beiden Körperschaften ist. Vorsitzender ist der Präsident des Reichsgerichts.

Die Verhandlungsort des Staatsgerichtshofes ist die eine gewöhnliche Gerichtshofes. Mit einer Ausnahme: Der Beschuldigte kann mit seiner Zustimmung, wie ein Zeuge vernommen und befragt werden. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Im Epoch des Staatsgerichtshofes ist festzustellen, ob die zur Verantwortung gezogenen Personen ein Verschulden trifft, ob ein solches Verschulden erwiesen oder ob die Nichtschuld erwiesen ist.

Stellt der Staatsgerichtshof ein Verschulden fest, so kann er den Schuldigen für dauernd unfähig erklären, öffentliche Ämter zu bekleiden und in öffentliche Körperschaften gewählt zu werden.

In der dem Gesetzentwurf beigegebenen Begründung wird rühmend hervorgehoben, die verfassungsrechtlichen Interessen werden befreit sein, die Wahrheit über die Schuld am Kriege und seine Verlängerung ans Licht zu bringen. Dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung werde im gewissen Sinne die Rolle des politischen Anklägers zugewiesen, während der Staatsgerichtshof als unparteiischer Richter fungieren werde. Sie begen die stärksten Zweifel, daß die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Institutionen ihrer Aufgabe wirklich gerecht werden würden. Das Ganze mutet eher wie eine Einrichtung an, die den Zweck verfolgt, eine Untersuchung und Aburteilung vorzutäuschen, bei der aber zugleich Vorzüge getroffen ist, daß aus der ganzen Sache nichts herauskommen soll.

Der wichtigste Teil des Verfahrens, die Arbeit des Untersuchungsausschusses, verläuft geheim. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich, eine Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen oder Sachverständigen findet nicht statt. Die weitere Verfolgung des Verfahrens ist einem Gerichtshof übertragen, in dem alle einflussreiche Justizbureaucraten das Wort in der Hand haben, und die sie von den anderen Mitgliedern, die die Nationalversammlung und der Staatenaußschuß wählen, fast beeinflusst werden können, ist wohl kaum angenehm.

Kein, wenn wirklich die Schuldigen am Kriege festgesetzt und abgerichtet werden sollen, dann müssen ganz andere Garantien für die Objektivität des Verfahrens geschaffen werden. Die geplanten halbburcaukratistischen Gebilde werden weder das Vertrauen des Volkes, noch das des Auslandes genießen.

Heimbeförderung der russischen Kriegsgefangenen.

Die deutsche Rassenhilfskommission hatte am 7. April, unter Hinweis auf die öffentliche Gefahr, die für Deutschland aus dem weiteren Zurückhalten der russischen Kriegsgefangenen erwächst, die Mitglieder in einer Note angefordert, die bisher verweigerte Zustimmung zum Transport der Russen nunmehr sofort zu geben. Wie nun in den „Mitteilungen der Rassenhilfskommission" bekannt gegeben wird, hat Marschall Koch am 10. April in Espan mitteilen lassen, die deutsche Regierung habe dem einen Beschluß des Obersten Rates der allierten und assoziierten Regierungen völlige Freiheit betreffend die Heimführung der russischen Kriegsgefangenen. Allerdings solle kein Russe mit Gewalt heimgeführt werden. Die abzurücksendenden Russen müßten mit genügenden Lebensmitteln versehen werden, um von der Verladestation aus ihre Linien erreichen zu können. Die alliierte Kontrollkommission in Berlin werde die Heimführung überwachen und bis zur nächsten kommenden Räumung der Gefangenenlager weiterhin tätig sein, um die Lebensmittelversorgung der Lager zu sichern.

Einigungsversuche in München.

München, 11. April.

Der Stadtoratorische Revolutionäre Zentralrat hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Die Einigung des revolutionären Proletariats sei unbedingt notwendig. Die Gegensätze zwischen dem Zentralrat und der kommunistischen Partei Deutschlands seien nicht grundsätzlicher Natur. Die Weisheitsratswahlen würden schließlich im ganzen Lande durchgeführt. Zur Sicherung der jungen Räterepublik seien die wichtigsten Anordnungen getroffen. Die neue Armee sei im raschen Werden. Die Bewaffnung des Proletariats sei begonnen. Die Entlassung der Bourgeoisie sei angeordnet. Die Fraktion des Streites der Proletarier erhalte die Reaktion, daher sei gemeinsame Arbeit notwendig. Der Aufruf schließt: „Nieder mit der kapitalistischen Bourgeoisie! Es lebe das Proletariat!"

Die Sozialdemokratische Partei zieht um.

München, 11. April.

Das Sekretariat der sozialistischen Partei hat seinen Sitz nach Bamberg verlegt.

Geldpulscherel.

München, 11. April.

Der Volksbeauftragte für Finanzen der Räterepublik Bayern hat an das Reichsfinanzministerium in Berlin folgendes Telegramm gerichtet:

Der Abschluß der diplomatischen Beziehungen der Räterepublik Bayern und der Reichsregierung stellt uns vor die Frage, ob wir auch in bezug auf die Währung selbständig vorgehen sollen. Die Übertragung des diplomatischen Bruchs auf das Geldwesen würde den Wiederantritt in der folgenden Weise erschweren. Ich will mit berechtigten Mitteln die Währung sanfteren, verlässe die Wege der systemlosen Bargeldwirtschaft und erhebe die absolute Währung über und bitte um Befreiung ihrer Stellung.

Gespannte Lage in Breslau.

Breslau, 11. April.

Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, daß sich in Breslau die Bewegung immer mehr nach der radikaleren Seite zu bewegt. Die Unabhängigen und Kommunisten sind zum Vorkampfe angezogen worden, auch ist ihnen die Unterstützung im Volksauschuß zu den Arbeiterentzungen zugefanden worden. Trotzdem beruht sich der Zwanzigerausschuß damit noch nicht und plante eine Demonstration, die aber verhindert wurde. Die Soldatenräte der Wärschen Breslau einschließlich der Sicherstellung und Polizeitruppen erklären in einer Entschuldigend, sich im politischen und politischen Anspie der verschiedenen Parteien und Organisationen neutral zu verhalten. Sie wollen lediglich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen. Von seiner Seite werden sie sich zu einer Vergewaltigung der Regierung durch eine Minderheit beugen lassen, werden aber auch jede Vergewaltigung einer Minderheit, soweit diese auf dem Boden der gesetzlichen Ordnung liegt, zu verhindern wissen.

Preussische Landesversammlung.

10. Sitzung. Freitag, 11. April 1919.

Herr Wever (Frankfurt, Dem.) erhält den Bericht des Ausschusses über den Entwurf des § 23. Es handelt sich zunächst um folgende Ergänzung des § 23: Das Haus kann einen Antrag an einen Ausschuss überweisen, ohne daß er besprochen worden ist, wenn der Antrag nicht zukünftig und auf die nächste Begründung verzichtet. Dazu beantragt der Referent, hinter dem Wort „Antrag“ einzufügen: „ohne Weisung“.

Gegen die Stimmen der Unabhängigen wird der Antrag nach kurzer Debatte mit der Ergänzung angenommen, ebenso ohne Erörterung ein neuer § 33, der die Institution der kleinen Anzeigen in die Geschäftsordnung einführt.

Es folgt die Beratung des von sämtlichen Fraktionen mit Ausnahme der U. Soz. gestellten Antrags, die Staatsregierung zu erlösen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß keinem Friedensvertrage zugestimmt wird, der nicht die Sicherheit dafür bietet,

1. daß er ein wahrer Frieden der Verständigung ist,
2. daß gegenüber den 14 Wilsonschen Bedingungen keinerlei Verschärfung eintritt, insbesondere kein deutsches Gebiet abgetrennt wird,
3. daß die Blockade sofort aufgehoben,
4. die schleunigste Rückführung der Gefangenen nach Deutschland festgesetzt, und
5. die unverzügliche Räumung der besetzten Gebiete angeordnet wird.

Präsident Reinerz: Meine Damen und Herren! Die Fraktionen mit Ausnahme der U. Soz. haben mich beauftragt, bei diesem Gegenstand eine Begründung des Antrags zu geben. Die Zukunft der Kulturnationen ist abhängig von den Beschlüssen der allmählich zusammenrückenden Friedenskonferenz, und die können nur getragen werden von dem Vertrauen der gesamten daran teilnehmenden Nationen. Das deutsche Volk hat alle Voraussetzungen für dieses Vertrauen dadurch geschaffen, daß in die Verfassungen für dieses Reiches wie der Einzelrepubliken die Bestimmungen eingebracht worden sind, daß alle Gewalt beim deutschen Volke liegt. Daher ist der Friede auf unserer Seite zu schließen nicht mit Vertretern irgend welcher Interessen, die dem Volke fremd sind, sondern der Friede ist zu schließen mit dem ganzen deutschen Volke. Die Grundzüge dieses Friedens sollen die 14 Punkte bilden, die der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika aufgestellt hat. Sie sind von uns angenommen worden, als die Waffenstillstandsverhandlungen begannen. Mit der Annahme der 14 Wilsonschen Punkte haben wir aber auch der Welt die Verantwortlichkeit übernommen, daß diese 14 Punkte das Programm der Menschheit werden. Das ist aber nur erreichbar, wenn die Verständigung auf Grund dieser 14 Punkte erfolgt und letztere nicht zum Schaden des deutschen Volkes verschärft werden. Wir verlangen deshalb, daß unsere Regierung mit der ehrsüchtigen Absicht der Volkerverständigung auf die Konferenz geht. Stellen wir aber dieses Verlangen an die Regierung, so verpflichtet uns das auch, die Regierung aufzufordern, keiner Bedingung des Friedens zuzustimmen, die unser Leben, unser Leben gefährdet. Der militärische Sieg, den die Entente über das deutsche Volk errungen hat, gibt der Entente kein Recht, die Lebensinteressen des deutschen Volkes zu verwalten. (Zuruf: Wahr! bei den Soz.) Deshalb darf ihr auch kein ungewisses Gebiet Deutschlands demütigend unter unsere Landesverwaltung überlassen werden. Der Friede muß auch die Durchführung der deutschen Verfassungen bringen. Es ist eine Vorbedingung ohne Verzicht, die Verfassungen der gefassten Länder zur Verteidigung ihrer Heimat auch nach Beendigung des Krieges noch erhalten zu behalten und wie Sklaven zu behandeln. Aus denselben Erwägungen heraus, damit der Friede uns auch die Freiheit bringt, wollen wir, daß die Besetzung deutscher Gebiete durch den Militarismus unserer Gegner mit dem Friedensvertrag aufhöre. Diese Besetzung ist die Ausübung eines brutalen Kriegsmittels, das in Friedenszeiten keine Berechtigung mehr hat. Endlich muß mit dem Friedensvertrag auch die brutale Blockade ihr Ende finden. Der Erfolg dieser Blockade ist gewesen, daß im Krieges und auch noch während des Waffenstillstandes Hungerstarben unserer Volksgenossen gehandelt sind. Die Blockade trägt auch die Schuld an unseren unermesslichen wirtschaftlichen Verhältnissen. All das wollen wir heute noch einmal von dieser Stelle aus allen zivilisierten Völkern der Welt zurufen.

Die preussische Regierung hat mir mitgeteilt, daß sie bereits im Sinne dieser Forderung an die Reichsregierung drängen will. Wird das deutsche Volk verprovoktiert, so würde die Welt noch mehr entfernt davon sein, das Ziel zu erreichen, das alle Völker schließlich erstreben. (Lebhafte Zustimmung.)

Adolph Hoffmann (U. Soz.):

Die Rede des Herrn Präsidenten hat bewiesen, wie recht meine Freunde hatten, wenn sie sich weigerten, einer gemeinsamen Erklärung zuzustimmen. Ich will aus Gründen, die Sie auch billigen werden, heute nicht näher darauf eingehen. Ich will nur fest erinnern, daß heute noch 600 000 zivilisierte Wesen in Deutschland sind. (Zuruf: Heil! bei den U. Soz.) Als überzählige Menschen meiner Dremde habe ich zu erklären:

„Auch wir sind gegen jede Verschärfung der Wilsonschen Bedingungen, insbesondere gegen jede Abtrennung deutschen Gebietes; auch wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die schleunigste Rückführung der deutschen Gefangenen sowie die Räumung der besetzten Gebiete.“

Wir werden uns an der Abstimmung über die von allen Abteilungen vorgelegene Resolution aber nicht beteiligen, weil wir es ablehnen, durch Annahme der Resolution einen Appell an die kaiserlichen Regierungen der kapitalistischen Welt zu richten.

Wir protestieren dagegen, daß in der deutschen Republik die Friedensverhandlungen Männern anvertraut sind, die während des ganzen Krieges die Gewaltspolitik der imperialistischen Regierungen unterstützt und gefördert haben.

Wir wenden uns an das internationale Proletariat aller Länder. Wir erwarten einen weltlichen Völkerverein nur von dem brüderlichen Zusammenwirken der Arbeiter der ganzen Welt, vom Kampf des internationalen Proletariats gegen das internationale Kapital. Dabei fordern wir alle unsere Brüder jenseits der deutschen Grenzen auf, und in diesem schweren Kampfe mit aller Kraft zu unterstützen.

Wir wollen in der sozialen Reorganisation des Proletariats aber den Sieg erringen, erst wenn infolge der raubgierigen Imperialismus niedergeworfen ist, erst dann ist ein Frieden möglich, der für immer die Arme auslöscht und allen Völkern die freie Entwicklung ihrer Kräfte garantiert. Auf einen solchen Frieden hinarbeiten, der auch dem deutschen Volke Ruhe, Wohlstand und Glück bringen wird, ist unsere Aufgabe. Wir wollen sie mit aller Kraft. Nur so können wir zum weltlichen Völkerverein kommen.“

Der Antrag wird hierauf angenommen. Die U. Soz. enthalten sich der Abstimmung.

Ein Antrag über das Legationsrecht und die Kammer wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Es folgen sechs Anträge über

Gemeindefragen.

Herr v. d. Chen (D. Kat.) erhebt Einspruch gegen die vorgeschlagene Auflösung der Kreisstage. Die Regierung darf vor dem

Reichsausschuß nicht zurückweichen. Sie muß endlich Front machen gegen die vertriebenen Teile des Volkes, die das russische Kufes bei uns einführen wollen.

Herr Leib (U. Soz.) fordert die baldige Einbringung einer organisch neugeplanten Kommunalverfassung und verteidigt die Arbeiterräte gegenüber den Angriffen des Vorredners.

Herr Scholl (Soz.) wünscht die Vorlegung eines neuen Gemeindeverfassungsentwurfes. Die Junter, die sich am 9. November bestreitet hatten, wagen sich wieder hervor. (Zuruf: Rechts!) Am 9. November mußten wir (nach rechts) Sie schämen. Wenn wir einmal nicht mehr die Rechte haben sollten und Sie nicht schämen würden, dann würde es Ihnen an Kopf und Kragen gehen. (Gelächter rechts.) Gegen widerständische Gemeindevorsteher muß eingeschritten werden.

Unterstaatssekretär Wever: Die Forderung eines neuen Gemeinderechts wird von der Regierung voll als berechtigt anerkannt. Sie wird so schnell wie möglich ein neues Gemeindefach vorlegen, wenn auch bei der Bedeutung und Wichtigkeit dieser Materie die Vorarbeiten nicht überstürzt werden dürfen. Auch die Selbstverwaltung der Kreise wird nicht gefährdet werden, nach dem Programm der Regierung kommt es ihr darauf an, die Selbstverwaltung auszubauen.

Herr Leib (D. Soz.) ist allgemeines Gelächter aus mit der Behauptung, die widerständischen Landräte seien die einzigen, die am Gesetz festhalten.

Die Anträge gehen an den Reichsausschuß.

Es folgen drei Anträge auf

Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht.

Herrmann (Z. Kat.): Die Schulaufsicht darf nur noch pädagogisch gebildeten Personen übertragen werden. Kommen wir eine Reform des Schulgesetzes. Heute bezogen Lehrer nach 25jähriger Dienstzeit nicht so viel, wie ein 16jähriger Arbeiter. Der Redner kritisiert weiter scharf die Zustände der Landeskassen, die Ueberfüllung der Klassen, die schlechte Beschaffenheit der Lehrermotivationen usw.

Kultusminister Daeffle: Was der Vorredner kritisiert, sind die Sünden des alten Regimes, sie treffen die jetzige Regierung nicht. Wir sind im Übergang, daß das Wohl der Schule abhängt vom Wohl der Lehrer. Was die Regierung zur Hebung des Lehrstandes tun kann, wird geschehen: Was den ersten der vorliegenden Anträge anlangt, so ist in diesen Tagen ein Entwurf fertig gestellt, der die Schulaufsicht generell aufhebt und allein die Kreis- und Provinzialräte durch Sachverständige einführt. Dieser Entwurf wird hauptsächlich von dieser Versammlung bereits in den nächsten Wochen verabschiedet werden.

Herr Dr. Wegscheider (Soz.) entwickelt ein ausführliches Programm der zur Hebung der Volksschule und des Lehrstandes in wahrhaft volkstümlichem Sinne aufzustellenden Forderungen.

Herr Klein (U. Soz.): Wir brauchen auch im Schulwesen, wenn wir wirklich vorwärts kommen wollen, nicht Schulreformen, sondern eine Schulerkulation.

Als dem nächsten Ausdrücken des jetzigen Kultusministers vor den reaktionären Mächten ist noch dieser Richtung nicht Terrain gewonnen, sondern verloren worden. Adolf Hoffmann hätte durchaus recht, wenn er auf die Rechte und Bedürfnisse der Schuljugend und der Lehrer das ausschlaggebende Gewicht legte; Herr Daeffle hat vorgetragen, den natürlichen Wirtschaftsfaktoren zuliebe die Klasse Adolf Hoffmann wieder aufzugeben. Solange der Religionsunterricht ein obligatorischer Lehrgang ist, kann die Schule ihrer erzieherischen Aufgabe nicht gerecht werden; es ist daher eine rein pädagogischen Gründen entsprungene, keineswegs von Feindschaft oder Antipathie gegen irgendeine Religionsgemeinschaft diktierte Forderung, daß die Volksschule religionslos las sein soll.

Hierauf wird die Fortsetzung der Beratung auf Sonnabend 12 Uhr vertagt.

Kleine Anfragen.

In der preussischen Nationalversammlung haben Paul Hoffmann und Rosenfeld folgende kleine Anfragen eingebracht: Ist der Regierung bekannt, daß der Eisenbahnminister Celler die Eisenbahndirektionen angewiesen hat, den Eisenbahnarbeitern in stillgelegten Bahnen zur Tagung der Reichsleitung der Eisenbahn-Arbeiterräte keinen Urlaub zu gewähren und keine Fortzahlung der Löhne zu bewilligen? Willig die preussische Regierung diese Anweisung? Was gebietet die preussische Regierung zu tun, um die Eisenbahn-Arbeiterräte vor solchen Uebergriffen des Eisenbahnministers zu schützen? Paul Hoffmann.

Ist der Regierung bekannt, daß der 2. Kattowegereich Klassen hat, daß die Mitglieder des Kongresses imman sind, und daß das Kongressmitglied Ledebour aus der Unterzahlungsliste zu entlassen ist? Willig die Regierung, daß trotz dieses Ausschusses des Kattowegereichs Ledebour weiter in Untersuchungshaft gehalten wird? Dr. Rosenfeld.

Die Verhaftung des Genossen Brades.

Immer häßlicher wird die Vermutung, daß der Verhaftung des Genossen Brades überhaupt nur eine Verwickelung zugrunde liegt. Brades wird beschuldigt, eine Versammlung der Soldatenräte des 4., 16. und 21. Armeekorps geleitet zu haben, in der angeblich zu Gunsten gegen die Regierung aufgefördert worden sei. In dieser Versammlung der Soldatenräte hat Brades aber gar nicht teilgenommen. Er hat während der fraglichen Tage in einer Soldatenräteversammlung in Magdeburg bzw. in einer Vorhansammlung der U. S. V. D. Magdeburg gewirkt.

Die Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Paatz und Dr. Voegelmann haben deshalb unter Beweistritt aus ihrerseits den Antrag auf schleunigste Haftentlassung gestellt.

Belagerungszustand über Danzig.

In Danzig herrscht seit einigen Tagen die Eisenbahner wegen Lohnforderungen. Die Arbeiter der Großbetriebe haben sich dem Streik angeschlossen und politische Forderungen erhoben. Donnerstagabend kam es zu Zusammenstößen mit dem Militär. Es gab zwei Tote und einige Schwerverletzte, darunter ein Kind und eine Frau. Der kommandierende General des 17. Armeekorps von Pelow hat wegen dieser Vorkommnisse den Belagerungszustand über Danzig erklärt und die Belagerung verhängt. Die vollständige Gewalt ist auf ihn und auf den Kommandier der 86. Division übergegangen. Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge sind verboten, öffentliche Versammlungen unterliegen der Genehmigung. Die Postsendungen sind auf 9 Uhr festgesetzt. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt. Das sieht ganz nach von Pelow aus.

Lebensmitteldemonstration in Götting.

Gestern nachmittags veranstalteten die Arbeiter der hiesigen großen Betriebe eine Demonstration zum Nachdruck, um gegen die unzureichende Futteuerung von Lebensmitteln zu protestieren. Es wurde eine Abordnung gewählt, von der drei Mitglieder zur Reichsregierung nach Berlin und

zwei zum Regierungspräsidenten nach Götting delegiert wurden, um wegen Zulassung ausreichender Lebensmittel lebhaft nach dem Landratsamt, wo eine Kommission von neun Mitgliedern gewählt wurde, die die Aufgabe hat, sofort dahin zu wirken, daß sämtliche Lebensmittel, soweit sie nicht rationiert sind, namentlich die Auslandswaren, mit Beschlag belegt und an die heimische Bevölkerung zu angemessenen Preisen verkauft werden. Ferner sollen Mitglieder der Kommission im Einzelnen mit der Polizei in namhaft gemachten Geschäften an einer Hausdurchsuchung nach solchen Lebensmitteln teilnehmen. Die Teilnehmer am Umzug zerstreuten sich schließlich, ohne daß es zu erheblichen Ausschreitungen kam.

Gewerkschaftliches.

Keine Einigung in der Metallindustrie.

Die Reichsregierung hatte für gestern nachmittags den Verhandlungsbereich der Metallindustrie und die Zentralleitung der Gewerkschaften einbezogen, um auf der Grundlage der vom gesamten Kabinett in Aussicht gestellten gesetzlichen Regelung des Mitbestimmungsrechts eine Verständigung zur Beendigung des Angebotsausstandes herbeizuführen. Die Unternehmern haben es aber unter dem Vorwand, daß von Seiten der Angestellten noch keine endgültige Ablehnung des Schiedspruches erfolgt sei, abgelehnt zu der Sitzung zu erscheinen.

Damit dürfte die letzte Möglichkeit, eine Verständigung und Beilegung des Angebotsausstandes abzuwenden, befristet sein. Weiter die Stellungnahme der heute früh stattfindenden Sitzung kann nach dieser erneuten Herausforderung seitens der Unternehmern kein Zweifel mehr bestehen.

Durch die Stellungnahme der Regierung zum Streik ist der Reichsausschußminister übrigens vollkommen desorientiert worden; während jener sich vor wenigen Tagen noch der Frage des Mitbestimmungsrechts der Angestellten völlig ablehnend gegenüberstellte, hat sich nunmehr die Regierung im entgegengesetzten Sinne geäußert. Doch wir glauben leider damit rechnen zu müssen, daß der Arbeitsminister schließlich doch in der Nationalversammlung Sieges bleiben und das von der Regierung angeforderte Gesetz abgelehnt werden wird. Denn es ist doch ein offenes Geheimnis, daß die jetzige Regierung absolut keine Autorität mehr besitzt, so daß eher anzunehmen ist, daß die Nationalversammlung den Wünschen des Unternehmertums Rechnung trägt und das Mitbestimmungsrecht ebenfalls ablehnt.

Betriebsversammlung der freistehenden Angestellten des R.G.M. Zentralverwaltung Friedrich-Rühlker findet am Sonntag, den 13. 4., vormittags 10 Uhr, in den Prachtgärten des Westens (Spichernstr. 6, Untergrundbahn Nienburger Platz) statt. Eintritt nur gegen Ausweis. Die Streikleitung R.G.M., F.M.M.

Vollversammlung der Schwarzschiff-Angestellten Berlin. Heute Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, findet in den Prachtgärten, Kottbusstr. 17, zweites wichtiger Beschlußfassung eine Vollversammlung statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt Pflicht. Die Streikleitung.

Wiktoria, Angestellte des Siemenskonzerns! Für die Angestellten sämtlicher Werke findet am Sonnabend, den 12. April, nachmittags 1 Uhr, im Rirkus Busch am Babofof Wörk eine Vollversammlung statt. Thema: Die jetzige Lage. Das Erscheinen aller ist dringend erforderlich. Die einzelnen Streik-ausschüsse sind nur bis um 11 Uhr zur Entgegennahme von Meinungen geöffnet. Legitimation mitbringen. Der Zentral-ausschuß des Siemenskonzerns.

Angestellte der Berliner Eisenbahn-Anstalten! Sonntag vormittags 10 Uhr gemeinsame Betriebsversammlung aller Angestellten. Lokal wird Sonntag früh in den Tageszeitungen bekannt gegeben.

Die Obleute und die Fabrikvertrauensleute der Metallindustrie des Deutschen Reiches! Verbände versammeln sich am Sonnabend, den 12. April, mittags 12 Uhr, im Restaurant Rosenhaller Hof, Rosenhallerstr. 11/12.

Der Bankbeamtenstreik.

Seltens der Streikleitung wird mitgeteilt: Die streikenden Beamten veranstalteten zahlreiche Betriebsversammlungen, die alle überfüllt waren. Der Versuch der „Selben“, den streikenden Kollegen dadurch in den Rücken zu fallen, daß seitens des Bundes der Angestellten der Deutschen Bank, einer Unternehmernorganisation, eine Versammlung von Arbeitswilligen einberufen wurde, fand dadurch ein schnelles Ende, daß diese Versammlung fast ausschließlich von Streikenden besucht war und diese mit den Streikbrechern energisch abredeten. Zwischen der Streikleitung und den Vorstandskollegen hat es vor dem Reichsarbeitsamt Verhandlungen stattgefunden; die Direktoren hatten aber immer noch den Verrenkstandpunkt beibehalten, und weigerten sich, die Forderungen der Streikenden, besonders ein Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen, anzuerkennen. Da die Angelegenheit auf diesen Punkt unwidriglich verzögert worden — denn gerade ein Nachgeben hierin würde diejenigen Kollegen der Bank, die für ihn gestimmt haben — wurden die Verhandlungen abgebrochen. Natürlich hatten auch die Vorstände die anderen Punkte, z. B. Entschuldigungssumme oder die Schaffung eines Reichsfortales rundweg abgelehnt. Die Streikleitung hat daher telegraphisch die organisierten Kollegen von Frankfurt, Leipzig und Hamburg zum Streik aufgefordert. Leipzig und Hamburg befinden sich schon im Streik, Frankfurt dürfte morgen sich anschließen. Da die Regierung Angst hat, daß ihr kapitalistisches Kassenhaus zusammenbricht, wenn ihr und ihrem großindustriellen Freunden durch den Streik der Bankbeamten das Geld bei der Kasse weggenommen wird, und dann auch die Arbeiter nicht mehr im Stande sind, wenn sie kein Geld mehr für ihre Arbeit bekommen, hat der Herr Reichspräsident Oberst sich in höchstgelegener Person betätigt, schließlich eingegriffen. Es findet daher eine Kommissionsaufstellung statt, in der über eine Verständigung beraten werden soll. Wie und wieviel wird, hat die Deutsche Bank sich an die Regierungstruppen wegen Unterstützung gewandt, damit diese den Protesten, Direktionen und deren Meinungsgenossen helfen sollen, den Kollegen in den Rücken zu fallen. Die Streikleitung ist aber entschlossen, es dort auf hart kommen zu lassen, und hat die Regierung nicht eilt, daß sie in diesem Falle den Geldbesitz in anderer weiseren Konstellation und damit auch in kurzer Zeit das Wirtschaftslieben stilllegen würde.

Die Versammlung der Beamten der Deutschen Bank findet heute vorm. 10 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseestrasse, statt. Die Streikleitung.

Verband der Papiere-Arbeiter und Arbeiterinnen. Sonntag, den 12. April, abends 7 Uhr, findet die Jubiläumsversammlung im Dresdener Gasten, Dresdener Str. 45 statt. Richtige Entscheidungen für unsere Zukunft.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Blüchplatz. Direktion: Friedrich Kayser. 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

Opernhaus. 7 1/2 Uhr: Ariadne auf Naxos.

Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: Kreuzschreiber.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Der arme Heinrich.

Kammerspiele. 7 1/2 Uhr: Der Star.

Kleines Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Neues Operettenhaus. Schillingstraße 14. 7 1/2 Uhr: Die keusche Susanne.

11. IV. 1913, nachm. 3 Uhr: Der Soldat der Marie.

Lossing-Theater. Direkt. Victor Barnowsky. 7 1/2 Uhr: Der Hautsuchs.

7 1/2 Uhr: Der rote Fahn. Montag: Der rote Fahn.

Deutsches Künstler-Theat. 7 1/2 Uhr: Nachbeteilung.

Sonntags: Der Schöpfer. Montag: Der Schöpfer.

Theater am Nollendorfplatz. 7 1/2 Uhr: Cinyko.

7 1/2 Uhr: Wo die Lerche singt.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Rotkäppchen.

7 1/2 Uhr: Stärker als der Tod.

Walthalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Jäger aus Karpaten.

Casino-Theater. Lehnstraße 12. 7 1/2 Uhr: Der Jäger aus Karpaten.

Unter Knolle. Berliner Volksbühne in 3 Akten.

Vorb. d. neue Amst. Programm. 7 1/2 Uhr: Ehrliches Handwerk.

Wintergarten. täglich 7 1/2 Uhr.

Varietévorstellung. Rauchen gestattet.

Neu erschienen: Singe mit.

Sammlung revolutionärer Kampflieder.

Preis 50 Pfg. — Porto 8 Pfg. Theaterstücke, Prologe, Lieder, Postkarten, Agostech-naden 200.

Mai-Feier. Rich. Lipinski, Leipzig.

Kb. 12. Febr. 200.

Facharzt Dr. Meyenberg.

11-1 und 5-7 Uhr. Jägerstr. 12.

Komopath. Inst. Meißner.

Müggelstr. 25. Frankfurt a. M.

Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden, Salvarsantherapie.

Blutuntersuchung, — Schnellste Heilung v. nekrotischen Krankh. u. d. Harnorganen.

Dr. Ritters Jägerstr. 12.

11-1, 5-7, Sonntag 11-1.

Spezialarzt Dr. med. Haedicke.

Haut-, Harn-, Geschlechts-, Blutuntersuchung, Friedrichstr. 178-181, im 4. Hofstr. 11-1.

Alein selbst erprobtes Rezept.

besitzt bestimmt von Rheuma, Gicht, Arteriosklerose, Anämie, Leukämie, Chlorotomie u. a.

Wie ich meine Tätowierung.

schmerzlos, ohne Narkose, schnell, dauerhaft, selbstgefertigt, Ausk. gratis.

Sprechst. 3-7, Sonn. 9-12, Nitschke, Charlottenberg, Kaststraße 60, nahe Bahnh.

Felle gerbt.

Herb. Pelz reinigt Gerberl. Neukölln, Hermannstraße 5.

FREIE SOZ. JUGEND GRUPE SCHÖNHAUSER VORSTADT SONNTAG, DEN 13. APRIL 19 IN KELLERS FESTSALEN BERGSTRASSE 69, AN DER INVALIDENSTRASSE LICHTBILDER - VORTRAG WANDERUNGEN DURCH DIE MARK VORTRAGENDER: HERR FR. HEINRICH NACH DEM VORTRAG: GESELLIGES BEISAMMENSEIN ERÖFFNUNG 5 UHR :: ANFANG 6 UHR PREIS DER EINTRITTSKARTE 1,25 MARK

Film-Palast Kellers Festsäle, Kopenstr. 29 Größte Sensation des Ostens Allerneueste Schlager-Programme Eröffnung demnächst!

Möbel-Beiser Lothringer Strasse 67 liefert auf bequemste Teilzahlung und gegen bar Bürgerliche Wohn- u. Einrichtungs- u. Möbelsachen zu mässigen Preisen.

Geschlechtskranke Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt, Berlin, Volodamer Str. 117, an der Pflanzstr.

Drei Reden nach dem amtlichen stenographischen Bericht der Preussischen Landesversammlung aus den Debatten über Belagerungszustand und Standrecht! Von Adolph Hoffmann und Obuch.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe 48 Seiten. Preis 35 Pf. Aufl. 100 000 Exempl. Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse.

Potsdam. Unsere Expedition Potsdam befindet sich bei Detmold, Kaiser-Wilhelmstr. 28. Die Zeitung wird wöchentlich durch Botenfranken ins Haus gebracht.

Zähne mit und ohne Gummipolier. Kronen, Brücken, Plomben jeder Art, moderne Goldtechnik.

Möbel kompl. Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer usw., Küchen mit Einzelmöbel auf Teilzahlung.

Allen Freunden und Bekannten für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit unser herzlichstes Dank.

Tüchtiger Möbelbuzler und Polierer gesucht. Schriftliches Angebot, Heinz Kraft, Götterkirchen (Westf.), Poststr. 7.

Todes-Anzeige. Wahlverzei. Bohndorf, U. S. P. D. Am Mittwoch, den 3. April verstarb unser trauer Genosse, der Möbelpolierer Paul Preblow im 27. Lebensjahre.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Verein Berlin Bureau: Engelauer 15, 3 Tr., Zimmer 53. Am Sonntag, den 13. April, vormittags 10-11 Uhr finden in allen Bezirken in untenstehenden Lokalen die Delegiertenwahlen zum außerordentlichen Verbandstag.

Große öffentliche Versammlung der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie am Sonntag, den 13. April, vormittags 10 Uhr im Arbeiterklub, Hagenbergplatz.

Ungestellten-Obleute der Metall-Industrie! Die Obleuteversammlung findet Sonntag, vormittags 10 Uhr, in Oberlands Festsälen statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin W 54, Lindenstraße 10. Sonntag, den 13. April 1913, vorm. 9 1/2 Uhr im Reichshof Hof, Reichshofstr. 11/12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Todesanzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler Franz Krause Kolberger Straße 14, am 9. d. M. gestorben ist.

Vertrauensmänner-Versammlung. Die berechtigten Vertrauensleute werden pünktlich zu erscheinen und über ihre Wahlmänner mit der Firma Rücksprache zu nehmen.

Zweiter Rätelkongreß.

4. Sitzung vom Freitag, den 11. April.

Der Vorsitzende Gauß besetzt zunächst ein Schreiben des Reichsvereins der Arbeiter... Die Reichsregierung solle sich diesen Herrn Debus etwas näher ansehen.

In Sachen Brandes

Heute namens der dafür eingesetzten Kommission Debus (Sachsenfraktion) mit, daß alle Bemerkungen um die Aufhebung Brandes vergeblich gewesen sind. Keine hat gestern in der Kommission erklärt, das Gesetz der Division habe nicht für gültig erklärt, und wisse nicht, ob das Reichsgericht oder das Landesgericht Magdeburg zuständig sei.

In Sachen Lehnert

Heute Höllein mit: Im Auftrag des Kongresses sollen wir gestern zunächst mit dem Vorsitzenden der 7. Staatskommission... Die Reichsregierung solle sich diesen Herrn Debus etwas näher ansehen.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Der Antrag betreffend Maßnahmen zur Ordnung der Arbeitslosigkeit wird dem Zentralrat als Material überwiesen.

Es folgt die Beratung zweier Anträge betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Er verweist auf das Wort: „Mit dem Belagerungszustand kann jeder frei regieren.“ Wir haben den Wunsch, die Regierung über den Vorwurf der Gefährdung zu nehmen und wünschen darum, daß der Belagerungszustand in allen Teilen des Reichs aufgehoben wird.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

hängt, als auch gar nicht bezogenen war. Die Folge ist eine... Die Reichsregierung solle sich diesen Herrn Debus etwas näher ansehen.

Reichsvereinspräsident Robert Schmidt... Die Reichsregierung solle sich diesen Herrn Debus etwas näher ansehen.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Die die Dinge heute stehen, können wir an die Jurisdiktion der Grenzschutztruppen nicht denken. Die Reichsregierung solle sich diesen Herrn Debus etwas näher ansehen.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Deutsche Nationalversammlung.

Das hohe Haus befaßt sich mit einer endlosen Reihe von... Die Reichsregierung solle sich diesen Herrn Debus etwas näher ansehen.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Dr. Rosenfeld (H. S.) begründet den Antrag seiner Fraktion. In der folgenden Debatte erklärt der Reichsminister Robert Schmidt sich bereit, den Vorschlag Rosenfelds der Regierung zu übermitteln.

Aus der Welt.

Entscheidung in Darmstadt. In der am 6. April im... Die Reichsregierung solle sich diesen Herrn Debus etwas näher ansehen.

